

„Mit dem Rücken an der Wand“

Berlin sieht Klimaschutzpolitik durch hohe Ölpreise

bestätigt – Koalitionsstreit um Atomkraft kocht hoch

Von Ulli Gericke, Berlin

Börsen-Zeitung, 11.6.2008
Bundesumweltminister Sigmar Gabriel war wieder einmal schnell, sehr schnell. Nachdem der Ölpreis Ende vergangener Woche schier explodiert war, prophezeite sein Haus, dass nach der anlaufenden Preisrunde für Gas, die den Rohstoff um bis zu ein Viertel verteuert, im Herbst eine weitere Erhöhung um bis zu 40% droht. Während in anderen Ländern Fischer oder Lkw-Fahrer wegen der hochgeschwellten Ölpreise streiken oder Häfen blockieren, nimmt hierzulande der Umweltminister höchstselbst das Heft des Handelns in die Hand.

Wenig überzeugend – und von Kabinettskollegen wie Verbraucherverbänden heftig widersprochen – ist Gabriels Forderung, die jahrzehntealte Koppelung von Gas- und Ölpreis zu beenden. Zudem greift der Minister eine Idee des Vizevorsitzenden der SPD-Fraktion, Ulrich Kelber, auf, einen Sozialtarif bei Strom für ärmere Haushalte einzuführen, wie es ihn in einigen europäischen Ländern und bei wenigen hiesigen Versorgern bereits gibt. Während Kelber eine zwangsweise Preissenkung um bis zu ein Viertel für eine festgelegte Basismenge von Strom, Gas oder Fernwärme fordert, plädiert Gabriel für eine andere Tarifgestaltung der Versorger, bei der der Strompreis mit der verbrauchten Menge steigt, was ebenfalls Arme und Sparsame belohnen würde. Die Versorger verweisen hingegen auf den Staat, der für Sozi-

algesetze und damit auch für mögliche Sozialtarife zuständig sei – zumal etwa 40% des Strompreises staatliche Abgaben seien.

Bundeschancellorin Angela Merkel sprach sich dagegen wie die Mehrheit der Länderwirtschaftsminister für ein Festhalten an der Atomkraft aus, um so bezahlbare Energiepreise zu sichern. Die CDU-Vorsitzende betonte, die Union stehe für einen Energiemix. Den Ausstieg aus der Kernenergie halte sie daher für falsch. Im Kreise der G-8-Staaten sei Deutschland das einzige Land, das aus den sichersten Kraftwerken aussteigen wolle – „wer ernsthaft von bezahlbaren Energiepreisen redet, der muss an dieser Stelle umdenken.“

„Bis dahin sind Firmen tot“

SPD-Minister Gabriel widersprach – natürlich – dieser Sicht. Vielmehr zeige die momentane Situation die Notwendigkeit der Abkehr „von der Droge Öl, von der Droge Gas“. Zum einen sei ein effizienter Umgang mit den fossilen Energieträgern notwendig. Zum anderen müsse verstärkt auf erneuerbare Energien gesetzt werden. Beides wolle die Regierung mit ihrem in der vergangenen Woche verabschiedeten Klimapakete erreichen, das die Heizkosten insgesamt drücken soll.

Die betroffene Industrie zeigt sich derweil ratlos. Zwar stehe die Transportbranche nach der jüngsten Preisexplosion „mit dem Rücken an der Wand“, klagt Martin Bulheller vom Bundesverband Güterkraftverkehr, Logistik und Entsorgung. Doch bei

der Regierung gegen Dieselpreise zu protestieren, hält er für sinnlos, da Berlin nicht der richtige Adressat sei und deswegen von dort auch keine Hilfe zu erwarten sei – und wenn doch, dann erst in Monaten; „bis dahin sind unsere Firmen tot“. Wichtig sei vielmehr, bei den Verladern höhere Preise durchzusetzen, wie es Airlines mit ihren Kerosinzuschlägen durchgängig gelinge.

Bei den großen industriellen Stromverbrauchern staunt man über die Ruhe in den Firmen. „Dass es keinen Aufschrei gibt wegen der hohen Energiepreise, wundert mich schon“, erklärt Roland Schmied, Sprecher des VIK Verbands der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft. Der VIK selber beklagt nicht etwa die hohen Ölpreise, sondern die CO₂-Lasten, die die Politik der Industrie aufbürdet. Mit der Vollauktionierung ab 2013 erwartet der VIK einen Sprung der Strompreise „um gut 50%“.

Klimaschutz spart Importe

Der damit gescholtene Umweltminister Gabriel verweist lieber auf die engagierte Klimaschutzpolitik der Bundesregierung. Die spare bis 2020 mit dem Ausbau erneuerbarer Energien nicht nur teure Energieimporte von rund 20 Mrd. Euro ein, sondern schaffe darüber hinaus auch 500 000 neue Arbeitsplätze, da das Klimaschutzprogramm jährliche Nettoinvestitionen von über 30 Mrd. Euro anschiebe, wie sich aus einer Studie zu den Regierungsbeschlüssen ergebe.